

Belgard-Polziner Kreisblatt

No. 23

Sonntag den 20. März

1915

Dreihundsechzigster Jahrgang.

Erscheinung

jeden Mittwoch und Sonnabend Vormittag.
Der Abonnementspreis beträgt 1 M. viertel-
jährlich bei der Expedition d. Bl. sowie bei allen
kaiserlichen Postanstalten.



Inserate

werden für Kreisbeingesessene mit 10 Pf. und
für Auswärtige mit 20 Pf. die einpaltige
Korpuszeile oder deren Raum berechnet und bis
Dienstag oder Freitag mittags 12 Uhr erbeten.

Amtlicher Teil.

II. Ausführungsanweisung

Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915.

In Ergänzung der Ausführungsanweisung vom 25.
Januar 1915 wird bestimmt:

Zum Reichskommissar zur Durchführung der Bundes-
ratsverordnung vom 25. Januar ist durch Erlaß des Herrn
Reichskanzlers vom 4. März d. Js. der Unterstaatssekretär im
Finanzministerium Dr. Michaelis bestellt worden. Seine Ge-
schäftsstelle befindet sich in Berlin, Am Festungsgraben 1.
Der Schriftverkehr der Kommunalverbände mit dem Reichs-
kommissar ist durch die Hand der Regierungspräsidenten zu
leiten.

Zu § 4, a. Als Angehörige einer Wirtschaft gelten bei
landwirtschaftlichen Betrieben, die im Eigentum einer öffent-
lichen oder gemeinnützigen Anstalt (Irrenanstalten, Kranken-
häuser, Waisenhäuser u. dergl.) stehen und mit ihrem Betriebe
verbunden sind, auch das Personal und die Pfleglinge oder
Inassen dieser Anstalt.

Zu § 4, b. Zuständige Behörde im Sinne des letzten
Satzes ist der Landrat, in Stadtkreisen der Gemeindevorstand.

Zu § 4, e und f. Durch abweichende Anordnungen der
Kommunalverbände nach §§ 34 bis 36 der Verordnung
werden die Bestimmungen des § 4, e und f — welche ledig-
lich für die Übergangszeit getroffen sind — unwirksam gemacht.

Zu § 9. (Verbreitung durch W. L. B.) Für Vorräte,
die nach dem 1. Februar d. Js. ausgedroschen sind,
hat der Besitzer das Ergebnis des Erdrusches bis
zum 31. März d. Js. bei dem Gemeindevorstand
anzuzeigen. Diese Vorschrift ist — unter Hinweis
auf die Strafbestimmungen der Verordnung — sofort
ortsüblich bekannt zu machen. Der Gemeindevorstand
hat auf der Anzeige die Berichtigung mit roter Tinte
einzutragen und — soweit dies noch nicht geschehen
ist — die Angaben über das Saatgut auf Seite 2
der Anzeigevordrucke aufzurechnen und für die Ge-
meinde zusammenzustellen.

In den Landkreisen hat der Gemeindevorstand eine hier-
nach berichtigte Ortsliste, in welche auch die Zusammenstellung
über das Saatgut aufzunehmen ist, bis zum 5. April mit dem
gesamten Anzeigenmaterial an den Landrat einzureichen, der
mit der Nachprüfung der Anzeigen und Berichtigung der Kreis-
listen beauftragt wird.

Das Ergebnis ist unter Angabe der für den Kreis er-
forderlichen Saatgutmenge an Sommerroggen und Sommer-
weizen bis zum 15. April unmittelbar an das Statistische
Landesamt zu melden; Abschrift ist dem Regierungspräsi-
denten einzureichen. Die Stadtkreise haben zum gleichen Termin
dieselbe Anzeige oder Fehlanzeige zu erstatten.

Bis zum 15. Mai haben die Gemeindevorstände dem
Landrat anzuzeigen, ob die von den Landwirten zurückbe-
haltenen Saatkornmengen in vollem Umfang zur Saat ver-
braucht sind. Ersparte Mengen sind an die vom Landrat zu
bestimmende Stelle zur Verfügung der Kriegsgetreidegesell-
schaft bezw. des Kreises abzuliefern.

Zu § 11. Die Gemeindevorstände sind befugt, für die
Anzeigen nach § 11 andere als die in der ersten Ausführungs-
anweisung vorgesehenen Termine zu bestimmen.

Zu § 26, a. Der Bedarfsanteil der Kreise wird von der
Reichsverteilungsstelle auf der Grundlage einer Tageslopf-
menge an Mehl von 200 g festgesetzt und den Kreisen mit-
geteilt werden, wobei die Selbstversorger (§ 4 Abs. 4a) und
ihre Vorräte abgesetzt werden. Auf die Bestimmungen in dem
Erlasse des Ministers des Innern vom 9. März d. Js. —
V. 3543 — Ziffer 5 Abs. 2 wird verwiesen. Anträge auf
Berichtigung sind durch die Hand des Regierungspräsidenten,
der sich gutachtlich zu äußern hat, dem Reichskommissar vor-
zulegen.

Kommunalverbände, welche vom 1. April d. Js. ab die
Selbstwirtschaft mit Getreide übernehmen wollen und dazu
nach dem Stande der am 1. Februar 1915 in ihrem Bezirk
ermittelten Vorräte in der Lage sind, haben dies unverzüglich
durch die Hand des Regierungspräsidenten dem Reichskom-
missar anzuzeigen und anzugeben, welche Mehl- und Getreide-
mengen ihnen am 1. April voraussichtlich noch zur Verfügung
stehen werden. Dabei kommen namentlich die Vorräte in
Betracht, welche die Kommunalverbände auf Grund einer
nach dem Erlasse des Ministers des Innern vom 28. Februar
1915 — V. 3279 — ihnen erteilten Ermächtigung erworben
bezw. ermahnen, aber noch nicht verbraucht haben. Sie haben
ferner darzulegen, wie sie den nachfolgenden Anforderungen
genügt haben:

1. Abgrenzung des Versorgungsgebiets;
2. Übernahme der im Kommunalverbände vorhande-
nen Mehlvorräte;
3. Einrichtung einer Mehlmehlvorteilungsstelle;
4. Verbrauchsregelung;
5. Kontrolle der Selbstversorger.

Die in dem Erlasse des Ministers des Innern vom
9. März — V. 3543 — in dieser Hinsicht getroffenen Bestim-
mungen für diejenigen Kommunalverbände, welche ihre Mehlmehlvor-
sorgung durch die Kriegsgetreidegesellschaft beantragen, sind
auch von den Kommunalverbänden zu beachten, welche nach
§ 26, a die Selbstwirtschaft mit Getreide übernehmen wollen.

Die Kommunalverbände übernehmen mit dieser Erklä-
rung die Verantwortung für die Versorgung ihrer Bevölkerung
mit Brotgetreide bis zur neuen Ernte, bezw. soweit ihre Vor-
räte, nach dem Stande vom 1. Februar d. Js. ab berechnet,
bis dahin nicht völlig ausreichen, bis zu dem vom Reichs-
kommissar zu bestimmenden Zeitpunkt. Sie haben nachzu-
weisen, wie die Lagerung, Überwachung und Vermahlung der

Vorräte geregelt und wie die Beschaffung der zum Ankauf des Getreides erforderlichen Mittel gesichert ist.

Die Regierungspräsidenten haben eingehend zu prüfen, ob den vorstehenden und den zu 1 bis 5 aufgeführten Anforderungen in ausreichender Weise genügt ist, und die Anzeige mit ihren Bemerkungen unmittelbar dem Reichskommissar vorzulegen.

Der Reichskommissar wird die Kriegsgetreidegesellschaft zur Überweisung bezw. Übereignung von Getreide nach § 26, a veranlassen. Kommunalverbänden, in denen eine der zu 1 bis 5 gestellten Anforderungen gänzlich unerfüllt und in denen die Lagerung und Überwachung der Vorräte nicht geregelt ist, kann kein Getreide überwiesen werden.

Erscheint die eine oder andere Anforderung nicht in ausreichender Weise erfüllt, so wird der Minister des Innern auf Ersuchen des Reichskommissars die Regierungspräsidenten zur Abhilfe nach § 37 veranlassen. Hierdurch soll aber die Überweisung der ersten Monatsrate an Getreide nicht aufgehalten werden. Die Kriegsgetreidegesellschaft kann den Kommunalverbänden von ihr erworbenes Getreide bis zur Höhe des Bedarfsanteils überweisen. Sie kann zu diesem Zwecke auch weiterhin Getreide durch ihre Kommissionäre ankaufen lassen und den Kommunalverbänden bis zur Höhe des Bedarfsanteils das Verfügungsrecht einräumen. Die Überweisung kann auf bestimmte Zeitabschnitte erfolgen.

Die Kriegsgetreidegesellschaft kann auch nach § 4 Abs. 3 den Kommunalverbänden den unmittelbaren Erwerb des beschlagnahmten, aber von ihr noch nicht erworbenen Getreides gestatten.

In jedem Falle ist aber das Einkaufsgeschäft — oder erforderlichenfalls die Enteignung — nach Möglichkeit zu beschleunigen. Alles vorhandene Getreide muß so schnell als möglich in die Hand der zu seiner Verteilung berufenen Organe gelangen.

Zu § 29. Als Stelle, an welche, oder an deren Order die Kleie abzugeben ist, ist durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. März 1915 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 52) die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte G. m. b. H. in Berlin, Am Karlsbad 16, bestimmt worden. Der § 29 ist am 15. März 1915 in Kraft getreten.

Zu § 33. Über die Abgabe überschüssiger Mehlvorräte verfügt der Reichskommissar namens der Reichsverteilungsstelle.

Zu §§ 34 bis 37 wird auf den Erlaß des Ministers des Innern vom 9. März d. Js. — V. 3543 — verwiesen.

Zu § 36, f. Auf die in § 36, f ihnen gegebene Befugnis werden die Kommunalverbände nachdrücklich hingewiesen. Durch unwirtschaftliche Anhäufung von Mehlvorräten in den Einzelhaushaltungen sind nachweislich erhebliche Vorräte dem allgemeinen Verkehr nicht nur entzogen, sondern auch dem Verderben ausgesetzt worden. Der Durchführung der Anzeigepflicht, die in einfachster Form erfüllt werden kann, stehen keine praktischen Schwierigkeiten entgegen, sie hat bereits in einem großen Orte überraschende Ergebnisse gezeitigt.

Zu § 38. Der Verbrauchsausschuß wird auch in den Gemeinden, denen nach § 35 die Regelung des Verbrauchs übertragen ist, vom Gemeindevorstande gewählt.

Zu § 41. Kommunalverbände, welche die Selbstwirtschaft mit Getreide übernehmen wollen, werden auf die Bestimmung des § 41 zwecks Beschaffung geeigneter Lageräume besonders verwiesen. Kreisgetreide darf nur in solchen Lagerräumen aufbewahrt werden, in denen seine Erhaltung gesichert ist. Vermischung mit fremden Beständen ist nicht statthaft.

Zu § 48. Mehrere Kommunalverbände, die sich durch übereinstimmende Beschlüsse zu einem gemeinsamen Versorgungsgebiete zusammenschließen und eine gemeinsame Mehls- bezw. Kornverteilungsstelle einrichten, können durch den Minister des Innern abweichend von der Ausführungsanweisung vom 25. Januar 1915 zu § 1 allgemein oder hinsichtlich einzelner Befugnisse als ein Kommunalverband im Sinne der Verordnung anerkannt werden.

Berlin, den 17. März 1915.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Sydow.

Der Finanzminister.

Lenge.

Der Minister des Innern.

von Loebell.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

J. B.: Rüster.

Abdruck bringe ich hierdurch zur Kenntnis.

Die Magistrate, Guts- und Gemeinde-Vorsteher weise ich noch besonders auf die Bestimmungen zu § 9 hin und erlaube, die Bekanntmachung der Vorschrift, nach welcher das Ergebnis des Erdrufches bis zum 31. März d. Js. seitens der Besitzer bei dem Gemeindevorstande anzuzeigen ist, unter Hinweis auf die Strafbestimmung des § 13 der Bekanntmachung vom 25. Januar d. Js. (Kreisblatt Nr. 9 Seite 38) sofort ortsüblich und außerdem noch in jeder möglichen Weise in ihren Bezirken bekannt zu machen.

Nachdem die Magistrate, Guts- und Gemeinde-Vorstände die Berichtigungen mit roter Tinte in die Anzeigen vom 1. Februar 1915 eingetragen haben, sind die Angaben über das Saatgut auf Seite 2 der Anzeigen aufzunehmen und für die Gemeinde (Gutsbezirk) zusammenzustellen.

Eine hiernach berichtigte Ortsliste, in welche auch die Zusammenstellung über das Saatgut aufzunehmen ist, ist mir bis spätestens zum 5. April d. Js. mit dem gesamten Anzeigenmaterial vom 1. Februar d. Js. und vom 31. März d. Js. einzureichen.

Vor Erstattung der mir bis zum 15. Mai d. Js. spätestens einzureichenden Anzeige über den wirklichen Verbrauch der Saatgutmengen bezw. über die an Saatgut gemachten Ersparnisse haben sich die Ortsvorstände möglichst genau über die tatsächliche Saatgutverwendung zu überzeugen. Ich muß die pünktliche Innehaltung der festgesetzten Termine erwarten und gegen die säumigen Ortsvorstände eine Zwangsstrafe von 5 Mark festsetzen.

Schließlich weise ich noch ausdrücklich darauf hin, daß die durch die Verordnung des Kreis Ausschusses vom 10./13. März d. Js. — Sonderblatt zum Kreisblatt vom 16. März d. Js. — getroffenen Anordnungen durch vorstehende Verfügung in keiner Weise berührt werden, die dort geforderten Angaben und Nachweisungen vielmehr, wie angeordnet, aufzustellen und einzureichen sind.

Belgard, den 19. März 1915.

Der Landrat.

Wie festgestellt worden ist versendet der Pastor Quistorp in Lieve auf Usedom ein Flugblatt „Rehrt zur Natur zurück“ an Angehörige der im Felde stehenden Krieger, in dem er zur Heilung aller Wunden und Hautleiden Verbände mit feuchter Erde empfiehlt. Mit Rücksicht auf die sich aus einer derartigen Behandlung ergebende Gefahr der Entstehung von Starrkrampf Verunreinigen der Wunde usw. mache ich auf die Gemeingefährlichkeit des Flugblattes hierdurch aufmerksam und erlaube die Herren Amtsvorsteher von einer etwaigen Verteilung des Flugblattes in ihren Bezirken mir unverzüglich Anzeige zu machen. Im übrigen ist die Bevölkerung vor der in dem Quistorp'schen Flugblatte, welches hierunter abgedruckt ist, empfohlenen Behandlungsweise zu warnen.

Belgard, den 14. März 1915.

Der Landrat.

Abdruck aus dem Buche von Adolf Just:

„Rehrt zur Natur zurück“

zur dringenden Beherzigung für unsere Soldaten im Felde.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß krankgeschossenes Wild mit seiner Wunde sofort in den Schlamm geht und man hierbei die wunderbaren Heilungen in kürzester Zeit erlebt. Die Erde ist das beste Mittel, um Blutvergiftungen und die Existenz von Bazillen zu beseitigen. Die Erde kann Wunden nicht verunreinigen, sondern sie ist hier das beste Reinigungsmittel.

Die Gefahren, die bei unreinem Blut bei Wunden vorhanden sind, können am sichersten durch Erde gehoben werden, und es können auf diese Weise immer die schnellsten und gründlichsten Heilungen erzielt werden.

Die Heilung aller Wunden und Hautleiden geschieht durch feuchte Erde in kürzester Zeit. Selbst große Wunden und gefährliche Hautleiden verursachen bei dieser Behandlung gar keinen Schmerz und durchaus kein Unbehagen. Der Erdverband ist im Kriege von größter Bedeutung.

Man verbinde bei jeder Hautverletzung, bei Stich-, Schnitt-, Brand- und Schußwunden die betreffende Stelle mit feuchter Erde. Zum Anfeuchten der Erde nimmt man kaltes Wasser, man kann auch im kleinen Speichel dazu verwenden.

Man macht einen Erdverband, indem man möglichst feuchte Erde direkt auf oder in die Wunde legt und dann eine Binde darum bindet, damit die Erde festsetzt. Man soll nicht erst auf die Wunde einen leinenen Lappen legen, um zu verhindern, daß die Erde direkt in die Wunde kommt.

Man erneuert den Erdverband anfangs immer nach einigen Stunden nachher kann man den Verband länger liegen lassen.

Man kann zu dem Erdverband und Erdumschlag jede Erde nehmen, welche die betreffende Gegend gerade bietet.

Der Erdumschlag ist zur Stillung von Schmerzen ein vorzügliches Mittel. In Tausenden von Fällen habe ich bis jetzt bei den vielen Verbänden mit feuchter Erde immer nur die auffallendsten günstigsten Heilungen beobachtet, niemals habe ich eine Schädigung der Gesundheit oder eine Gefahr bemerkt.

Befehl!

Infolge des zwischen dem Deutschen Reich und Rußland abgeschlossenen Vertrages vom 12. Februar 1915 ergänze ich meinen Befehl vom 4. Februar 1915 wie folgt:

1. Das unmittelbare Ueberschreiten der Grenze nach Rußland, auch über Galizien, bleibt nach wie vor verboten.
2. Die im militärpflichtigen Alter stehenden russischen Schnitter im Alter von 17 bis 45 Jahren sind nach wie vor als im Ortspolizeibezirk Festgehaltene zu behandeln und aufs Strengste zu bewachen.
3. Die nicht im militärpflichtigen Alter stehenden russischen Schnitter im Alter unter 17 und über 45 Jahren, sowie die Frauen und Mädchen, dürfen nach Ablauf der Winterverträge, wenn sie nicht freiwillig Sommerverträge abgeschlossen haben, durch neutrales Ausland (über Sarnik—Trelleborg) nach Rußland zurückkehren.

Stettin, den 10. März 1915.

**Der stellvertretende Kommandierende General
des II. Armeekorps.**

Fehr. v. Vietinghoff,

General der Kavallerie à la suite des Kürassier-Regiments Königin

Vorstehenden Befehl zur Kenntnis und Nachachtung der Ortspolizeibehörden.

Belgard, den 15. März 1915.

Der Landrat.

Betrifft Ankauf von Pferden für die Geeresverwaltung.

Es besteht z. Zt. wieder Bedarf an Pferden für die Geeresverwaltung. Die ständige Pferdeankaufskommission des 2. Armeekorps beabsichtigt, eventuell Märkte abzuhalten, wenn genügend Anmeldungen erfolgen. Zu diesen Märkten hätten die Landwirte vorher verbindlich ihre Pferde anzumelden. Unter 20 Pferden kein Markt; vierjährige und jüngere ausgeschlossen. Fünfjährige werden nur ausnahmsweise angekauft.

Um festzustellen, ob sich die Abhaltung von Märkten belohnt, ersuche ich die Landwirte, ihre nach Vorstehenden, zum Verkauf an die Geeresverwaltung in Frage kommenden Pferde möglichst bald bei ihrem Amtsvorstande anzumelden.

Die Ortsvorstände wollen die Anmeldungen sammeln und **bis zum 26. d. Mts.** an mich einreichen.

Ich bemerke noch, daß wenn es nicht gelingen sollte, den Bedarf durch Ankauf auf Märkten pp. zu decken, es wieder zu den höchst unerwünschten zwangsweisen Pferdeaushebungen kommen dürfte.

Die Ortsvorstände wollen für Verbreitung dieser Bekanntmachung sorgen.

Belgard, den 16. März 1915.

Der Landrat.

Der Umstand, daß ein Waldarbeiter jeden Tag seine Arbeit niederlegen kann, weil er durch Vertrag nicht gebunden ist, macht ihn noch nicht zu einem „unständig Beschäftigten“ im Sinne des § 441 der Reichsversicherungsordnung. Eine „unständige Beschäftigung“ ist nach dieser Bestimmung eine solche, „die auf weniger als eine Woche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist.“ Durch den stillschweigenden Arbeitsvertrag haben die Arbeiter von vornherein **Aussicht** auf Arbeit für länger als 1 Woche, deshalb ist ihre Beschäftigung weder ihrer Natur nach noch durch den Arbeitsvertrag auf weniger als eine Woche beschränkt. Hiernach sind die Waldarbeiter nicht „unständig Beschäftigte“ und müssen daher bei der Landtrankentasse angemeldet werden. Für diese Versicherten sind in der Zeit der Beschäftigung in der Forst die nach der Satzung der Landtrankentasse maßgebenden Invalidenversicherungsbeiträge zu entrichten.

Vorstehende Entscheidung des Rgl. Oberversicherungsamtes zu Köslin bringe ich im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 20. Februar d. Js., abgedruckt in Nr. 15 des Kreisblatts, in der ich auch schon darauf hinwies, daß die Wald- und Forstarbeiter nicht zu den „unständig Beschäftigten“

gehören, zur Kenntnis der Ortsvorsteher und der beteiligten Arbeitgeber.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch erneut zur Erinnerung.

Die Ortsvorstände wollen die beteiligten Arbeitgeber darauf hinweisen, daß sie die erforderlichen An- und Abmeldungen rechtzeitig zu besorgen haben, andernfalls sie Bestrafung zu erwarten haben.

Belgard, den 17. März 1915.

Der Landrat.

Der Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks Groß-Tychow, Rittergutsbesitzer von Kleist-Drenow ist von seiner Reise zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Belgard, den 19. März 1915.

Der Landrat.

Viehseuchepolizeiliche Anordnung. Maul- und Klauenseuche betreffend.

Nachdem unter dem Rindvieh des **Gutsbesizers Birkenfeld in Ziezenoff** Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wird auf Grund der §§ 14, 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909, Reichsgesetzblatt S. 119, zum Schutze gegen die Seuche mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Ueber das Gutsgedöft wird die Sperre verhängt, dabei sind die Bestimmungen des § 162 der Ausführungsanweisung zum Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909 (Kreisblatt Nr. 11 für 1915) genau zu beachten.
2. Den Sperrbezirk bildet das versenkte Gutsgedöft in Ziezenoff.
3. Alles Klauenvieh des gesperrten Gehöftes ist streng in seinen Stallungen zu verwahren.
4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
5. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden nach §§ 74 ff. des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Belgard, den 18. März 1915.

Der Landrat.

Viehseuchepolizeiliche Anordnung. Maul- und Klauenseuche betreffend.

Nachdem unter den Rindviehbeständen:

1. des Rittergutes **Al. Ramin**
2. des Bauerhofbesizers **Friedrich Syring in Klempin**

Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wird auf Grund der §§ 14 und 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909, Reichsgesetzblatt S. 119, zum Schutze gegen die Seuche mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Ueber die versenkten Gehöfte wird die Sperre verhängt, dabei sind die Bestimmungen des § 162 der Ausführungsanweisung zum Viehseuchengesetze vom 26. Juni 1909 genau zu beachten. (Kreisblatt Nr. 11 für 1915)
2. Die Sperrbezirke bilden die versenkten Gehöfte im Gutbezirk **Al. Ramin** und Gemeindebezirk **Klempin**.
3. Alles Klauenvieh der gesperrten Gehöfte ist streng in seinen Stallungen zu verwahren.
4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
5. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden nach §§ 74 ff. des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Belgard, den 16. März 1915.

Der Landrat.

Unter den Rindern des Bauerhofbesizers **Emil Holz** in Schulzenhagen, Kreis Köslin, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Belgard, den 12. März 1915.

Der Landrat.

Unter den Rindern der Eigentümer **Robert Grünmann** und **Theodor Wendt** in Schmollenhagen, Kreis Köslin, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Belgard, den 15. März 1915.

Der Landrat.

Im Kreise Köslin ist unter den Rindern des Bauerhofbesizers **Woldt** in Konikow und des Rittergutsbesizers **v. Sprenger-Nassow** in Barchmin die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Belgard, den 15. März 1915.

Der Landrat.

Die Maul- und Klauenseuche bei dem Gemeindevorsteher
Rugen in Schübben, Kreis Köslin, ist erloschen.

Belgard, den 15. März 1915.

Der Landrat.

Unter den Kindern des Rittergutsbesitzers v. Rameke in
Kragzig, Kreis Köslin, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Belgard, den 13. März 1915.

Der Landrat.

Es wird darüber geklagt, daß infolge Einberufung zahlreicher Schützen zu den Fahnen in manchen Gegenden eine starke Vermehrung des Wildstandes eingetreten sei und daß infolgedessen die jungen Saaten erhebliche Schäden erlitten hätten, so daß sogar eine teilweise Neubestellung der Felder im Frühjahr notwendig werden würde. Den Klagen läßt sich eine gewisse Berechtigung nicht absprechen, und es ist deshalb auch schon die Notverordnung über die Abkürzung der Schonzeit für weibliches Rehwild, Fasanenhennen und Hasen vom 19. Januar d. Js. (Gesetzsammlung S. 5) erlassen worden. Außerdem wird es aber, um weiterem Wildschaden und einem davon zu besorgenden Minderertrage der nächsten Ernte vorzubeugen, erforderlich sein, daß die Jagdpolizeibehörden von dem ihnen nach den §§ 61 ff. der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 (Gesetzsammlung S. 207) zustehenden Rechte, die Jagdberechtigten zu einem vermehrten Abschusse von Wild, auch während der Schonzeit, anzuhalten und nötigen Falles den Grundbesitzern selbst die Abschußgenehmigung zu erteilen, in einem den Zeitverhältnissen entsprechenden Umfange Gebrauch machen.

Die Herren Regierungspräsidenten ersuchen wir daher ergebenst, die Landräte mit entsprechender Anweisung zu versehen und ihnen namentlich auch aufzugeben, dafür zu sorgen, daß die nach § 61

der Jagdordnung erforderliche Prüfung des Bedürfnisses und die im § 62 daselbst vorgeschriebene wiederholte Feststellung des Wildschadens durch die Ortspolizeibehörden ungesäumt nach Eingang eines dahin gehenden Antrags, soweit es die Witterungsverhältnisse zulassen, vorgenommen wird. Wenn in dem Falle des § 62 a. a. D. der Jagdberechtigte und der geschädigte Grundeigentümer darüber einig sind, daß wiederholt Wildschaden angerichtet ist, und dies vor der Ortspolizeibehörde erklärt wird, es einer anderweiten Feststellung des Wildschadens, insbesondere einer örtlichen Besichtigung, nicht bedürfen.

Berlin W 9, Leipziger Platz 10, den 6. Februar 1915.

Der Minister für Landwirtschaft, Der Minister des Innern.
Domänen und Forsten. Im Auftrage:
Freiherr von Schorlemer. Freund.

An

die Herren Regierungspräsidenten, mit Ausschluß derer in der Provinz Hannover und in den Hohenzollernschen Landen.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hiermit den Ortspolizeibehörden des Kreises zur Kenntnis und Nachachtung.

Belgard, den 11. März 1915.

Der Landrat.

Auf die im nächsten Amtsblatt erscheinende Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 26. v. Mts. über die Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der preussischen konsolidierten $3\frac{1}{2}$ prozentigen Staatsanleihe von 1885 und der konsolidierten 3 prozentigen Staatsanleihe von 1895, 1896 und 1898 nach Maßgabe des Schlusssatzes in unserer Verfügung vom 27. November 1911, I. 6. 16 No. 25, weise ich hin.

Belgard, den 13. März 1915.

Der Landrat.

Die **Zentral-Einkaufsgesellschaft**, die für die Stadtverwaltungen leichtere Schweine zur Herstellung von Dauerware ankauft, hat die **Preise für Schweine**

von 120—129 Pfd. auf 55 Mark,	von 130—139 Pfd. auf 56 Mark,
von 140—149 Pfd. auf 57 Mark,	von 150—159 Pfd. auf 58 Mark,
von 160—169 Pfd. auf 59 Mark,	von 170—179 Pfd. auf 60 Mark

festgesetzt.

Falls es nicht gelingt, größere Mengen leichter Schweine anzukaufen, haben die Landwirte die **Enteignung zu folgenden Preisen** zu gewärtigen:

von 120—129 Pfd. mit 49 Mark,	von 130—139 Pfd. mit 50 Mark,
von 140—149 Pfd. mit 51 Mark,	von 150—159 Pfd. mit 53 Mark,
von 160—169 Pfd. mit 55 Mark,	von 170—179 Pfd. mit 57 Mark

pro Zentner Lebendgewicht ab Belgard.

Wir bitten daher unsere Mitglieder und **Nichtmitglieder** die leichten Schweine von 120—180 Pfund uns sofort anzubieten. Wir sind von der Zentral-Einkaufsgesellschaft mit dem Einkauf der leichten Schweine im hiesigen Kreise betraut und sind ausdrücklich angewiesen, auch von **Nichtmitgliedern** Schweine für die Zentral-Einkaufsgesellschaft anzukaufen.

Da es im Interesse der Erhaltung unserer Kartoffelvorräte für die menschliche Ernährung unbedingt nötig ist, Schweine in größerem Umfange abzuschlachten, sind sie sofort zur Ablieferung zu bringen. Es liegt im Interesse eines jedes Landwirtes, zu den von der Zentral-Einkaufsgesellschaft veröffentlichten Preisen **Schweine uns anzubieten**, um der drohenden Enteignung zu wesentlich niedrigeren Preisen vorzubeugen.

Die **nächste Abnahme** für die Zentral-Einkaufsgesellschaft findet bereits

am Donnerstag, den 25. d. Mts.

statt und bitten wir um Anmeldungen bis **Dienstag Mittag** an unser Büro in Belgard, Fernsprecher 32.

Viehverwertungs-Genossenschaft Belgard,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht,

zu Belgard.

Spar- und Credit-Verein zu Belgard.

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht

Bilanz-Conto am 31. Dezember 1914.

Aktiva.

Wechsel-Conto	
Ausstehende Wechselforderungen	818620,80
Kassa-Conto	
Barbestand der Kasse	13349,75
Utensilien-Conto	
Geschäftsutensilien	300,—
Effekten-Conto	
Deutsche Reichsanleihe	44200,—
Disconto-Conto	
Rückständige Zinsen	202,20
Einlagen-Conto	
Bei andern Banken	114620,—
Conto pro Diverse	
Barauslagen	1078,65

Passiva.

Reservefonds-Conto	
Bestand ultimo 1913	42653,—
Zugang im Jahre 1914	2200,—
Spezial-Reservefonds-Conto	
Bestand	45866,35
Delcredere-Conto (Kriegsreserve)	
Auf teils bereits abgeschriebene, teils noch schwebende Konturforderungen	11181,15
eingegangenen Zahlungen	7630,—
Gewinn-Anteil des Jahres 1914	18811,15
Guthaben-Conto	
Bestand ultimo 1913	50003,40
Zugang im Jahre 1914	5467,50
	55470,90
Zurückgezahlt im Jahre 1914	3664,50
Einlagen-Conto	
Bestand ultimo 1913	862826,85
Zugang im Jahre 1914	155309,35
	1018136,20
Zurückgezahlt im Jahre 1914	231471,55
Disconto-Conto	
Am Jahreschluß fällige Zinsen für Spareinlagen	33530,70
Ueber den 31. Dezember 1914 hinaus vorausgehobene Wechselzinsen	2329,50
Remunerations-Conto	
Tantieme der Beamten	7332,—
Verbandsbeiträge	287,65
Kalkulatorgebühren	90,—
Wohlfahrts-Conto	
Zur Unterstützung Hilfsbedürftiger Belgarder Krieger-Witwen	300,—
Reichsbank	
Auf Lombard-Conto	500,—

Markt 992371,40

Markt 992371,40

Gewinn- und Verlust-Conto.

Einnahme.

Ueber den 31. Dezember 1913 hinaus voraus erhobene Wechselzinsen	4014,10
Zinsen von den Vorschüssen aus 1914	56728,15
Rückständige Zinsen auf Vorschüsse	202,20

Markt 60944,45

Ausgabe.

Rückständige Zinsen aus 1913	45,45
Zinsen für vollerbobene Spareinlagen	1087,—
Geschäftsunkosten im Laufe des Jahres	4023,80
Fällige Zinsen für Spareinlagen	33530,70
Ueber den 31. Dezember 1914 hinaus voraus erhobene Wechselzinsen	2329,50
Ueberweisung zum Reservefonds	2000,—
Ueberweisung auf Delcredere-Conto (Kriegsreserve)	7630,—
Tantieme der Beamten, Verbände und Kalkulatoren	7709,65
Zur Unterstützung Hilfsbedürftiger Belgarder Krieger-Witwen	300,—
5% Dividende an die Mitglieder	2288,35

Markt 60944,45

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1914	198
Neu hinzugetreten sind im Laufe des Jahres	21
	219

Ausgeschieden sind dagegen:	
durch Tod	7
durch Kündigung	10
durch Ausschuß	2
	19
Mitgliederstand am 1. Januar 1915	200

Der Vorstand.

Albert Krüger,
Direktor.Carl Villnow,
Rentant.Albert Bannatz,
Kontrollleur.

Sonderausgabe

zum

Belgard = Polziner Kreisblatt

Belgard, den 22. März 1915.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bundesratsbekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915

(Reichs-Ges.-Bl. Seite 54)

ist für den 27. März 1915

eine Vorratserhebung über Malz und Malzkeime in dem Umfange angeordnet worden, daß alle Vorräte an Malz und Malzkeimen von mehr als einem Doppelzentner zu ermitteln sind, wobei jedoch die Vorräte von Malz und Malzkeimen getrennt angegeben werden müssen. Die Magistrate, Guts- und Gemeindevorsteher des Kreises ersuche ich, sofort dafür Sorge zu tragen, daß die Mitteilung über das Endergebnis für den betreffenden Bezirk spätestens **am 29. d. Mts. bei mir eingeht.**

Ich bemerke noch, daß ein besonderes Erhebungsmuster nicht vorgeschrieben ist, und daß die Verpflichtung zur Anzeige der Bestände durch ortsübliche Bekanntmachung den Ortsinsassen aufzuerlegen ist. Nebenher empfiehlt es sich, Betriebe, bei denen solche Vorräte zu vermuten sind, besonders zu befragen; z. B. Mälzereien, Brauereien, mit Darrrmalz arbeitende Brennereien, Pflanzfabriken aller Art, sowie Getreide- und Futtermittelhändler einschließlich der Genossenschaften, Vorräte, die sich am Stichtage auf dem Transport befinden, sind unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger anzuzeigen. Die Einzelanmeldungen, aus denen hervorgeht, wer die Vorräte in Gewahrsam hat und wo sie sich befinden, haben die Magistrate, Guts- und Gemeindevorstände sorgfältig aufzubewahren.

Wenn weder Malz noch Malzkeime im Ortsbezirk vorhanden sind, ist mir zu obigem Termin Fehlanzeige zu erstatten.

Ich erwarte die pünktliche Einreichung der Mitteilung über das Ergebnis der Erhebung **zum 29. d. Mts.**, damit ich den mir zur Weitermeldung des Ergebnisses gesetzten Termin inne zu halten im Stande bin.

Gegen säumige Vorstände muß ich eine Zwangsstrafe von 5 Mark festsetzen.

Belgard, den 22. März 1915.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Die Central-Einkaufsgesellschaft Berlin hat für den hiesigen Kreis die Viehverwertungs-Genossenschaft Belgard mit dem Aufkauf der leichten Schweine beauftragt. Ich weise wiederholt darauf hin, daß mit allen Mitteln darauf gedrückt werden muß, die leichten Schweine zu sofortiger Abschachtung zu bringen, um die Kartoffelvorräte für die menschliche Ernährung zu sparen. Die leichten Schweine von 120—180 Pfund Lebendgewicht sind an die hiesige Viehverwertungs-Genossenschaft zu liefern. Diejenigen Ortschaften, die nach Polzin liefern, haben an die Viehverwertungs-Genossenschaft Schivelbein die leichten Schweine abzuführen. Die Herren Guts- und Gemeindevorsteher werden ersucht, dies sofort ihren Ortsinsassen bekannt zu machen und den Schweinemästern mitzuteilen, daß, falls sie nicht bald ihre leichten Schweine verkaufen, die Enteignung durchgeführt wird.

Belgard, den 22. März 1915.

Der Landrat.

Auf meine telephonische Rücksprache mit der Königlichen Kommandantur des Gefangenenlagers in Hammerstein hat dieselbe mir heute mitgeteilt, daß vom Gefangenenlager Hammerstein von **folglich** russische Kriegsgefangene zur Arbeit abgegeben werden.

Die diesbezüglichen Bedingungen sind hierunter abgedruckt.

Landwirte, welche Gefangene als Arbeiter aus dem Lager in Hammerstein zu erhalten wünschen, haben ihre Anträge direkt an die Königliche Kommandantur des Gefangenenlagers in Hammerstein einzureichen.

Die Magistrate, Guts- und Gemeinde-Vorsteher haben dies sofort in weitgehendstem Maße zur Kenntnis der Ortsinsassen zu bringen.

Bedingungen

unter denen nach der vom Kriegsministerium erlassenen Verfügung Kriegsgefangene zu Arbeiten an Privatbetriebe abgegeben werden können:

1. Transportkosten zur Arbeitsstätte und zum Gefangenenlager zurück fallen dem Arbeitgeber zur Last.
2. Der Arbeitgeber hat für ausreichende gute Unterkunft zu sorgen und zwar heizbare Räume, ausreichendes Lagerstroh, Decken und Waschgelegenheit bereit zu stellen. Für die Wachtmannschaft ist bessere Unterkunft, insbesondere Bett erforderlich.
3. Der Arbeitgeber hat den Kriegsgefangenen ausreichend gute Beköstigung, wofür die Kosten aber 60 Pfg. pro Tag und Kopf, außer der Brottration nicht übersteigen brauchen, zu gewähren. An Brot ist das den nach neuesten Bundesratsverordnungen für Zivilbevölkerung erlaubte Gewicht zu verabfolgen.
4. Für jeden Werktag sind für jeden Kriegsgefangenen vom Arbeitgeber 30 Pfg. zu vergüten und dieser Betrag ist grundsätzlich an die Verwaltung des Kriegsgefangenenlagers abzuführen.
5. Für die Wachtmannschaft ist für jeden Mann des Bewachungskommandos für jeden Tag — auch Sonn- und Feiertag — 50 Pfg. zu vergüten und dieser Betrag gleichfalls an die Lagerverwaltung abzuführen. Ferner ist den Begleitmannschaften eine Verpflegung im Werte von 1,20 Mark zu gewähren.

Anmerkung: zu 4. Da die Heeresverwaltung grundsätzlich für die Bekleidung der Kriegsgefangenen, soweit sie nicht eine für besondere Arbeiten nötige Ausrüstung darstellt, zu sorgen hat, so kann der Arbeitgeber die Vergütung von 30 Pfg. pro Tag zur Anschaffung notwendiger Bekleidungsstücke und für Nebenbedürfnisse, soweit sie mit der Bekleidung zusammenhängen, verwenden und hat hierfür Rechnung zu legen, und zusammen mit einem etwaigen Restbetrage der Lagerverwaltung einzusenden.

6. Ärzte- und Apothekerkosten trägt der Arbeitgeber. Es ist aber dem Arbeitgeber freigestellt, Gefangene von längerer Krankheitsdauer durch den Amtsdienner oder einen anderen zuverlässigen Mann auf Kosten des Arbeitgebers nach hier zu transportieren. Bei ansteckenden Krankheiten ist das Sanitätsamt in Danzig telegraphisch und die zuständige Polizeibehörde schriftlich umgehend zu benachrichtigen.

Belgard, den 21. März 1915.

Der Landrat.

Mit Ermächtigung des Herrn stellvertretenden Kommandierenden Generals 2. Armee Korps vom 12. Februar d. Js. verbiete ich hierdurch für den Kreis Belgard jeden größeren Aufkauf von Pferden durch Händler, falls dieselben nicht im Besitz eines vom stellvertretenden Generalkommando 2. Armee Korps ausgestellten Erlaubnisscheins sich befinden. In diesem Falle ist Aufkaufen nichts in den Weg zu stellen, da es sich dann um Pferde handelt, die im Bezirk des 2. Armee Korps aufzubringen sind und der freihändige Ankauf weniger Härten enthält als die zwangsweise Aushebung. Durch diese Maßregel soll verhindert werden, daß Pferde außerhalb des Korpsbezirks oder gar ins Ausland verschleppt werden, nicht aber den laufenden legitimen Pferdehandel zu unterbinden. Die Magistrate, Guts- und Gemeindevorsteher haben Vorstehendes sofort ortsüblich bekannt zu machen.

Belgard, den 21. März 1915.

Der Landrat.

Ausgegeben zu Belgard am Montag, den 22. März 1915.

Redaktion, Druck und Verlag von Gustav Klemm in Belgard.

